

---

**724/A(E) XXII. GP**

---

**Eingebracht am 19.10.2005**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Entschließungsantrag**

der Abgeordneten Petra Bayr, Gaal  
und GenossInnen

betreffend Errichtung einer Lärmschutzwand und anderer lärm- und  
erschütterungshemmender baulicher Einrichtungen für die Bahnstrecke der Donauländebahn  
im Bereich Wien Favoriten.

Schon jetzt leiden viele BewohnerInnen Favoritens nahe der Donauländebahn an Lärm und an den Erschütterungen, die von den vorbeifahrenden Zügen verursacht werden. Die Zugfrequenz wird seit Jahren immer dichter, der Unterbau schlechter, das Wagenmaterial älter und damit lauter. Mit Fertigstellung des Lainzer Tunnels werden die Frequenzen der vorbeifahrenden Züge noch dichter werden, die Belastung der Bevölkerung unerträglich groß. Die Neugestaltung des Unterbaues der Schienentrasse ist ebenso wie ein effektiver Lärmschutz für den dicht bewohnten Bereich Favoritens nahe der Donauländebahn für die Lebens- und Wohnqualität unumgänglich. Ein Projekt, das für den gesamten Favoritner Bereich der Donauländebahn von der Triesterstraße (Siedlung Otto Probst Straße), über Inzersdorf (Siedlung Wienerfeld West und Ost), Favoritenstraße und Himberger Straße (Per Albin Hansson Siedlung West und Ost sowie Thermensiedlung Bauteile 1 und 2) bis nach Oberlaa (wo in den nächsten Jahren die Wellness-Anlage wesentlich vergrößert werden wird) angelegt werden soll, ist ehestmöglich zu planen und noch vor der Intervallverdichtung auf der Donauländebahn zu realisieren. Für zehntausende BezirksbewohnerInnen würde ein effektiver Lärm- und Erschütterungsschutz eine wirkliche Verbesserung der Lebensqualität bedeuten.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

### **Entschließungsantrag:**

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie wird ersucht, die ÖBB aufzufordern, dass im Bereich der Donauländebahn ein effektiver Lärm- und Erschütterungsschutz errichtet wird, damit die unerträgliche Belastung der direkt anrainenden Bevölkerung reduziert wird.

Zuweisung: Verkehrsausschuss